WWW.REP.DE

- Armut und soziale Gerechtigkeit, Zukunft der Sozialsysteme, Renten
- Familienpolitik
- Schule und Bildung
- Äußere und innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung
- Energie- und Agrarpolitik, Tierschutz
- Steuerentlastung, Ausplünderung, Schuldenstaat
- Demokratischer Nationalstaat oder EU-Diktatur?
- Euro-„Rettung“
- Identität und Integration
- Demokratie und Freiheit

Identität und Freiheit: Zehn Punkte für Deutschland

Wahlprogramm

DIE REPUBLIKANER

REP

RICHTIG EHRLICHE POLITIK

Erstellt und verantwortlich:

Die REPUBLIKANER
Dr. Rolf Schlierer
Münchner Str. 4, 86438 Kissing
Telefon (0 82 33) 795-08 71
Telefax (0 82 33) 795-11 38
E-Mail: info@rep.de, www.rep.de

Identität und Freiheit: Zehn Punkte für Deutschland

Wahlprogramm

- Armut und soziale Gerechtigkeit, Zukunft der Sozialsysteme, Renten 04
- Familienpolitik 06
- Schule und Bildung 07
- Äußere und innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung 08
- Energie- und Agrarpolitik, Tierschutz 09
- Steuerentlastung, Ausplünderung, Schuldenstaat 10
- Demokratischer Nationalstaat oder EU-Diktatur? 12
- Euro-„Rettung“ 12
- Identität und Integration 14
- Demokratie und Freiheit 15

1 Armut und soziale Gerechtigkeit, Zukunft der Sozialsysteme, Renten

- Soziale Gerechtigkeit gebietet nicht nur menschenwürdige Unterstützung von Bedürftigen, sondern auch faire Behandlung der Steuer- und Abgabenzahler, die diese Unterstützung finanzieren müssen: Sie dürfen nicht endlos für Umverteilung zur Kasse gebeten werden.
- Sozialsysteme beruhen auf gegenseitiger Solidarität und Subsidiarität: Solidarität in der Not, nicht automatischer Anspruch auf Vollversorgung an die Allgemeinheit. Der Sozialstaat muss jeden Bürger vor dem Sturz in die absolute Armut bewahren; er ist aber damit überfordert, alle Unterschiede in der Skala zwischen Reichen, Mittelschicht und relativ Armen auszugleichen.
- Die Grenzen der Solidargemeinschaft müssen klar gezogen werden: Nur wer auch beizutragen bereit ist, gehört dazu.
- Deutliche Differenzierung zwischen langjährigen Beitragszahlern und Personen, die noch nie oder nur kurzzeitig gearbeitet haben; Einhaltung des Lohnabstandsgebots.
- Einführung von branchenbezogenen Mindestlöhnen unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten.
- Kündigung von Sozialabkommen mit anderen Staaten, durch die Angehörige ausländischer Arbeitnehmer in den Heimatländern nach dortigem Familienbegriff kostenlos mitversichert sind.
- Rentenreform: Der Vorschlag der Republikaner aus dem Jahr 1993 war und ist richtig – Umstellung auf ein sozial abgefedertes Kapitaldeckungsverfahren mit persönlichen Rentenkonten.
- Damit würde das demographische Problem in der Rentenversicherung gelöst und versicherungsfremde Leistungen zu Lasten der Versicherten statt der Allgemeinheit vermieden.
- Ein wesentlicher Risikofaktor für Altersarmut ist die von den Euro-„Rettern“ verursachte Inflation; auch ein Euro-Ausstieg sichert also langfristig die Renten.

- Staffelung der Beitragssätze zur Rentenversicherung im Interesse der Generationengerechtigkeit und der Einhaltung des Generationenvertrags nach der Kinderzahl.
- Aufhebung der festen Renten- und Pensionsgrenzen für alle Arbeitnehmer und Beamten, die länger arbeiten wollen und können
- Keine Besteuerung von Rentnern.

2 Familienpolitik

- „Familienpolitik“ orientiert sich in Deutschland nicht am Kindeswohl, sondern an ökonomischen Interessen der Wirtschaftslobby und an linksgrünen Ideologiemodellen.
- Das Prinzip der schwarzrotgrüngelben „Familienpolitik“: Frauen für die Produktion, Kinder für den Staat, ist ein sozialistisches Modell mit totalitären Wurzeln, das wir aus demokratischer Überzeugung ablehnen.
- Förderung der Mehrkinderfamilie.
- Wir lehnen eine adoptionsrechtliche und steuerliche Gleichbehandlung von Homoehen ab. Stattdessen müssen Familien mit Kindern spürbar steuerlich entlastet werden, indem der Splitting-Tarif bei der Einkommenssteuerveranlagung nach der Zahl der Kinder gestaffelt wird.
- Die einseitige Konzentration auf Kita- und Krippen-Programme lehnen wir als massive staatliche Subventionierung einer verfehlten Politik ab, die vorrangig das Ziel der Berufstätigkeit von Frauen und einer staatlichen Kinderzwangsbetreuung verfolgt. Jeder Platz Kita-/Krippenplatz wird monatlich mit dem Zehnfachen des „Betreuungsgeld“-Satzes bezuschusst.
- Wahlfreiheit heißt, dieses Geld den Eltern zur freien Entscheidung über die richtige Betreuungsform (zu Hause, bei Tagesmüttern, in selbstorganisierten, privaten oder statlichen Einrichtungen) lassen, statt einen einzigen Lebensentwurf staatlich vorzugeben und zu fördern.
- Wege dazu sind z. B. ein „Familiengeld“, oder echte steuerliche Besserstellung von Familien durch Weiterentwicklung des Ehegattensplittings zum Familiensplitting nach französischem Vorbild.
- Beendung der Transferausbeutung in den sozialen Sicherungssystemen: Beitragsbelastung muss sich konsequent am Beitrag des Versicherten zum Generationenvertrag orientieren.

3 Schule und Bildung

- Ein gegliedertes Schulsystem wird nicht nur den verschiedenen Begabungen am besten gerecht, es liefert auch die besten Ergebnisse, weil es am besten die individuellen Begabungen und Neigungen berücksichtigen kann.
- Die Einheits-, Gesamt- oder Gemeinschaftsschule ist ebenso wie pauschale „Inklusion" nicht „modern", sondern ein Relikt aus der sozialistischen Mottenkiste, mit der das Ziel des sozialistischen Einheitsmenschen realisiert werden soll.
- Die Einführung der Gesamtschule ist ein Vergehen an den Kindern, die zu Versuchskaninchen ideologischer Dauerreformer werden.
- Schulen müssen fördern und differenzieren, anstatt auf niedrigem Niveau zu nivellieren. Kindern muss die Möglichkeit erhalten bleiben, auch außerhalb einer staatlichen Zwangsbeschulung Hobbys und Neigungen (Sport, Musik) nachgehen zu können.
- Wer Schule verbessern will, muss nicht die Organisationsform ändern, sondern einen Paradigmenwechsel einleiten:
- Höherer Respekt für praktische Abschlüsse statt politisch gewollter Abiturinflation und Akademikerschwemme.
- Schulen müssen Orte des Lernens und der Leistung sein – und nicht Tummelplatz von Gender-Ideologen und Gesellschaftsingenieuren. Schulen sind keine zwangskollektivierte Integrationsanstalt und Reparaturwerkstatt für eine fehlgeschlagene Integrationspolitik.
- Ablehnung der Einführung von Islamunterricht.
- Das duale System in der Berufsausbildung hat sich bewährt und muss daher erhalten werden.

4 Äußere und innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung

- Die Bundeswehr hat in erster Linie der Landesverteidigung zu dienen und muss ihre Fähigkeit dazu behalten. Die Abschaffung der Wehrpflicht muss überprüft werden.
- Soldaten setzen ihr Leben für das Gemeinwesen ein. Sie verdienen dafür Respekt und besondere Anerkennung, ihre Leistung darf nicht schamhaft versteckt und herabgesetzt werden.
- Deshalb: Besserer gesetzlicher und politischer Ehrenschutz, bessere soziale und finanzielle Absicherung bei Verwundung oder Tod für Soldaten und ihre Hinterbliebenen, Einführung eines Veteranentags als Zeichen öffentlichen Dankes, repräsentatives und öffentlich zugängliches Ehrenmal für alle Gefallenen.
- Bessere personelle und Materialausstattung der Polizei, mehr Rückendeckung aus der Politik, schärfere und konsequente Ahndung von Übergriffen auf Polizeibeamte. Einwanderer, die Polizisten oder andere staatliche Hoheitsträger angreifen, müssen zwingend ausgewiesen werden und Eingebürgerten muß dazu die Staatsangehörigkeit wieder entzogen werden können.
- Keine Deeskalation bei gewalttätigen Ausschreitungen und Rechtsbrüchen: Wehret den Anfängen! Konsequentes Durchgreifen gegen jedweden Extremismus.
- Wir treten entschieden für die Bekämpfung des Asylmissbrauchs ein.
- Wiedereinführung von Grenzkontrollen zur Abwehr grenzüberschreitender Eigentumskriminalität an den Ostgrenzen, zur Verhinderung illegaler Einwanderung, Drogen- und Menschenschmuggels und des massenhaften Zustroms in die Sozialsysteme.
- Sofortige Ausweisung und Rückführung von Einwanderern bei Leistungserschleichung und Straftaten.
- Deutschenfeindliche Gewalt enttabuisieren, statistisch erfassen, streng bestrafen nach denselben Maßstäben wie ausländerfeindliche Gewalt und öffentlich aufarbeiten; keine Verharmlosung, keine „Opfer erster und zweiter Klasse".

5 Energie- und Agrarpolitik, Tierschutz

- Energiepolitik muss der sicheren und zuverlässigen Versorgung von Haushalten und Industrie zu bezahlbaren Preisen dienen und nicht der Verwirklichung ideologischer Spielwiesen.
- Die „Energiewende" ist gescheitert, sie führt in Chaos, Planwirtschaft und wird zum Billionengrab. „Strompreisbremsen" sind nur weiteres Herumdoktern an Symptomen. Grundsätzliches Umdenken ist nötig:
- Grundlegender Umbau der Förderung erneuerbarer Energien: Vorrang für Anlagen zur Eigenversorgung von Betrieben und Haushalten, keine Einspeisevergütungen zu Festpreisen zu Lasten aller Stromkunden und der Leistungsfähigkeit der Stromnetze.
- Keine einseitige Fixierung auf Wind- und Solartechnik, die horrende Milliardensubventionen verschlingen, obwohl sie in unseren Breiten ineffektiv und unzuverlässig sind.
- Statt dessen Offenheit für Erforschung neuer Technologien: z. B. Fusionsenergie, THTR.
- Suche nach und vorurteilslose Prüfung von neuen Brückentechnologien, z. B. Benzinsynthese aus Kohle. Wir lehnen jedoch wegen der unkalkulierbaren Umweltrisiken die Schiefergasgewinnung (sog. „Fracking") ab.
- Verzicht auf Förderung fragwürdiger pseudo-ökologischer Energiequellen wie großtechnischer Biogasanlagen oder großflächige Monokulturen zehrender Energiepflanzen wie Mais, die die Umwelt belasten. Die Vernichtung von Lebensmitteln ist ethisch unvertretbar. Abschaffung von Biosprit und des vom Verbraucher verschmähten E10-Kraftstoffes.
- Konsequenz aus dem Fleischskandal: Vorrang für regionale und überprüfbare Kreislaufe, Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe in nationaler Verantwortung statt zentralistischer EU-Agrarplanwirtschaft, die einseitig große Agrarfabriken und eine industrielle Agrarproduktion begünstigt. Die Lebens- und Futtermittelkontrollen müssen intensiviert werden.

Tierschutz:

- Tiere empfinden Gefühle. Tiere als Mitgeschöpfe müssen geachtet und vor Grausamkeiten beschützt werden. Artgerechte Pflege und Haltung durch Privatpersonen und Gewerbe, wie auch in der Landwirtschaft, ist Voraussetzung für Tierhaltung überhaupt.
- Verbot tierquälerischer Lebendtransporte von Schlachtvieh über 50 km täglich bzw. nur bis zum nächstgelegenen Schlachthof im Inland.
- Verbot von Sex mit Tieren (Zoophilie) und des Schächtens.

6 Steuerentlastung, Ausplünderung, Schuldenstaat

- Der deutsche Staat hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem: Trotz Rekord-Steuereinnahmen hat auch diese Regierung die Bürger nicht nennenswert entlastet. Euro-„Rettung", überhöhte Zahlungen an die EU, eine vor allem sich selbst ernährende Sozial- und Integrationsindustrie und überflüssige Klientel-Subventionen schnüren der ausgeplünderten Mittelschicht und mittelständischen Unternehmern die Luft zum Atmen ab.
- Seit zwei Jahrzehnten verlagert sich die Abgabenlast kontinuierlich von Reichen und Geringverdienern auf die Mittelschicht. Durchschnittseinkommen werden, alle direkten und indirekten Steuern und Abgaben zusammengenommen, mit bis zu 70 Prozent belastet. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden.
- Neue Umverteilungssteuern wie „Reichensteuer" oder „Vermögenssteuer" sind dazu untauglich: Sie bringen entweder kaum Ertrag oder sie gehen erneut vor allem zu Lasten der Mittelschicht. Statt dessen müssen die Bürger durch folgende Maßnahmen entlastet werden:

- Vereinfachung des Einkommensteuer- und Mehrwertsteuersystems: Niedrigere Sätze, dafür weniger Ausnahmen.
- Nachholen verfassungsrechtlich gebotener und vorsätzlich versäumter Entlastungen wie des vollständigen Ausgleichs für Mehrbelastungen durch „Kalte Progression".
- Reduzierung der drückenden Abgabenlast auf Energie: Strom (über 50 Prozent), Kraftstoffe (über 70 Prozent).
- Abschaffung von „Solidaritätszuschlag" und „Ökosteuer".
- Rundfunksteuer abschaffen: neuer GEZ-Rundfunkbeitrag ist ungerecht und verfassungswidrig – Bürger müssen für nichts bezahlen und sollen sich dafür auch noch einseitige Berichterstattung und Meinungsmanipulation linksgerichteter Staatsfernsehredakteure gefallen lassen.
- Nutzung aller Spielräume für Schuldenabbau: Auch Deutschland ist überschuldet und riskiert den Verlust der Bestnote, wenn es sich weiter übernimmt.
- Deshalb auch: Keine weiteren Verpflichtungen für Euro-„Rettungspakete", „Rettungsschirme" etc.

7 Demokratischer Nationalstaat oder EU-Diktatur?

- Nationalstaat ist der Rahmen der Demokratie, der Volksherrschaft, und zugleich Voraussetzung für den Sozialstaat, der nur in bezug auf die Nation als Solidargemeinschaft denkbar ist.
- Wer die Auflösung des deutschen Staates in einem europäischen „Superstaat" betreibt und ihn zum Zahlmeister von unkontrollierbaren Kollektiven und Finanzmärkten macht, zerstört Demokratie und Sozialstaat zugleich.
- Unser Europa ist das Europa der Vaterländer, eine starke Allianz souveräner Nationen, die den Völkern größtmögliche Freiheit lässt und ihre Identität achtet, und nicht die Euro-Diktatur der „Vereinigten Staaten von Europa".
- Demokratie verlangt, dass von allen entschieden wird, was alle betrifft: Niemand darf über zentrale Souveränitätsrechte verfügen, ohne den Souverän zu fragen.
  Die res publica, der Staat, ist Sache der Bürger – deshalb fordern wir eine Volksabstimmung über den weiteren Weg der EU.

8 Euro-„Rettung"

- Europa braucht den Euro nicht. Die Gemeinschaftswährung funktioniert nicht, sie hat die Europäer entzweit. Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Teilnehmerstaaten sind zu unterschiedlich: Die Gemeinschaftswährung überfordert die Schwachen und plündert die Leistungsfähigen durch die unvermeidliche Transferunion aus.
- Keine neuen „Rettungspakete": Zuviel Geld ist bereits verschwendet worden, ohne dass sich die Situation in Griechenland geändert hätte. Sollen auch noch Spanien oder Italien „gerettet" werden, wird der deutsche Steuerzahler überfordert.

- Das „no bail out“-Gebot der EU- und Euro-Verträge, das die Mithaftung von Euro-Staaten für die Staatsschulden anderer kategorisch verbietet, muss wieder ohne Wenn und Aber in Kraft gesetzt und die Währungsunion auf einen Kreis von Staaten mit gleicher Wirtschaftskraft und Haushaltspolitik beschränkt werden – oder der Euro muss abgewickelt werden.
- D-Mark wiedereinführen. Die Europäische Zentralbank hat durch ihre Politik des billigen Geldes und der unbegrenzten Staatsanleihenkäufe, die nichts anderes sind als verbotene monetäre Staatsfinanzierung, das Vertrauen der Deutschen verloren: Sie ist nicht unabhängig, sondern handelt im Interesse der Finanzindustrie und der südeuropäischen Schuldenstaaten. Einzig die Bundesbank, die sich den Fehlentscheidungen der EZB konsequent widersetzt hat, besitzt noch die Autorität, für eine Währung einzustehen, die das Volk nicht durch Geldentwertung enteignet.
- Währungshoheit ist eine zentrale Frage der nationalen Souveränität. Die deutschen Goldreserven sind aus dem Ausland zurückzuholen.

9 Identität und Integration

- Einheit und Identität der Nation beruht auf dem Bewusstsein des Staatsvolkes als Sprach-, Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft.
- Grundlage nationaler Identität sind die positiven Traditionen unserer Geschichte: Wir stehen in der zweihundertjährigen Tradition der deutschen republikanischen Einheits- und Freiheitsbewegung (Freiheitskriege 1813 – Hambacher Fest 1832 – bürgerliche Revolution und Paulskirchenparlament 1848/49 – Weimarer Nationalversammlung 1919 – Widerstand und 20. Juli 1944 – Aufstand gegen kommunistische Diktatur 1953 – Mauerfall 1989).
- Diese Gemeinschaft ist nicht statisch; sie kann, wenn sie sich ihrer Identität sicher ist, Einwanderer aufnehmen und zum Nutzen aller integrieren, wenn der Zuzug nicht schrankenlos und ungesteuert stattfindet,
- sondern Neuankömmlinge sorgfältig nach ihrer Bereitschaft und ihrem Willen ausgewählt werden, sich ohne Vorbehalt mit Staat und Nation zu identifizieren.
- Einführung eines Zuwanderungs-Punkte-Systems: Einwanderungswillige müssen vor der Einreise Anpassungsbereitschaft, Sprachkenntnis und geeignete berufliche Qualifikation nachweisen.
- Ethnisch-kulturelle Parallelgesellschaften dagegen unterminieren Einheit und Identität, deshalb: Integration macht nur dann Sinn, wenn ihr Ziel die Assimilation ist.
- Ablehnung von Sonderrechten für einzelne Einwanderergruppen, v. a. Muslime: Keine Staatsverträge mit den Islamverbänden, Verzicht auf weitere Großmoscheen.
- Nein zur generellen doppelten Staatsbürgerschaft: Sie ist ein Integrationshindernis und begünstigt Kriminelle, denen das Abtauchen erleichtert wird. Die Staatsbürgerschaft steht am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses und nicht am Anfang.

10 Demokratie und Freiheit

- Volksbegehren und Volksabstimmungen auf Bundesebene müssen im Grundgesetz verankert werden.
- Verbindliche Umsetzung des Ergebnisses von Volksabstimmungen durch die Politik.
- Direktwahl des Bundespräsidenten durch das deutsche Volk.
- Abschaffung der 5-Prozent-Sperrklausel auf Bundesebene.

Freiheit muss verteidigt werden:

- gegen absolutistische EU-Küchenkabinette,
- gegen linke Ideologen, Manipulateure und Öko-Diktatoren,
- gegen wuchernde Bürokratie, Schnüffelstaat und Geheimdienstumtriebe,
- gegen den bevormundenden und entmündigenden Gouvernanten- und Umverteilungsstaat.

… wir sind die Freiheitlichen!

WWW.REP.DE

Identität und Freiheit: Zehn Punkte für Deutschland

Wahlprogramm

Erstellt und verantwortlich:

Die REPUBLIKANER
Dr. Rolf Schlierer
Münchner Str. 4, 86438 Kissing
Telefon (0 82 33) 795-08 71
Telefax (0 82 33) 795-11 38
E-Mail: info@rep.de, www.rep.de